



S p r e c h e r

Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Leibniz Universität Hannover
Institut für Didaktik der Demokratie
Königsworther Platz 1
30167 Hannover
T 0511 762-17449
Schmiechen-A@web.de

S t e l l v. S p r e c h e r

Prof. Dr. Jochen Oltmer
Universität Osnabrück
Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Neuer Graben 19/21
49069 Osnabrück
T 0541 969-4365
Fax 0541 969-4380
joltmer@uni-osnabrueck.de

S c h r i f t f ü h r e r

Oliver Schael
Otto-Falckenberg-Str. 15
56070 Koblenz
T 0261 30000150
oliver.schael@gmx.de



Rundbrief Nr. 28

Februar 2019

Inhalt

39. Arbeitskreistreffen am 20. Oktober 2018 in Hannover

Tagung »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen (Teil 2)«

Regularien	S. 2
Tagung »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen (Teil 2)«	
Edel Sheridan-Quantz (Hannover): Überlegungen zu »Orten der Demokratie« am Beispiel der Stadt Hannover	S. 3
Jana Stoklasa (Hannover): Konsumgenossenschaft Hannover in der NS-Zeit: Umkämpfter Ort der Demokratie?	S. 4
Antje Buchholz (Bremerhaven): Das Deutsche Auswandererhaus in Bremer- haven: Angst in Neugierde verwandeln	S. 5
Jannik Sachweh (Braunschweig): »Der größere Teil der Deutschen verlangte einen demokratischen Staat«. Erinnerungsorte in Schulbüchern der Weimarer Republik?	S. 5
Sandra Funck (Göttingen): Demokratisierung der Schule? Debatten über die Reformierung der Schülermitverantwortung in Niedersachsen und die Rolle der Schülerbewegung, 1966-1970	S. 6
Michael Siems (Wolfsburg): Wo die Stadtgeschichte mit der Demokratie ver- söhnt wurde. Zeitzeugenvorträge im Rahmen der Wolfsburg-Reihe der Volks- hochschule Wolfsburg, 1966/67	S. 6

Regularien

Begrüßung

Die 39. Zusammenkunft des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen fand am 20. Oktober 2018 – zum ersten Mal – im Conti-Hochhaus der Leibniz Universität Hannover am Königsworther Platz statt. In Fortführung der Frühjahrssitzung des Arbeitskreises befasste sich die Tagung wiederum mit dem Thema »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen«.

Genehmigung des Protokolls des 38. Arbeitskreistreffens (Rundbrief Nr. 27)

Bezüglich des Rundbriefs Nr. 27, der in Kurzform die Referate und Diskussionen der 38. Sitzung am 14. April 2018 in Hannover mit dem Thema »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen« dokumentierte, wurden keine Änderungswünsche oder Ergänzungen genannt. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

Nächste Tagung des Arbeitskreises

Mit Blick auf mögliche Themen für die Frühjahrssitzung 2019 des Arbeitskreises machte deren Vorsitzender, Detlef Schmiechen-Ackermann, auf das im kommende Jahr stattfindende 40-jährige Jubiläum des sogenannten »Gorleben-Trecks« von 1979 aufmerksam. Das Historische Museum Hannover plant dazu bereits eine Sonderausstellung. Abweichend vom gängigen Format der Arbeitskreissitzungen wäre dies ein Anlass, sich während einer zweitägigen Tagung international vergleichend mit der Thematik »Protestgeschichte« zu befassen. Zu diesem Themenfeld sind in der letzten Zeit vermehrt wissenschaftliche Studien erschienen. Zu einer solchen Tagung könnten auch Referentinnen und Referenten aus dem Ausland eingeladen werden. Die Pläne für eine solche Veranstaltung fanden im Plenum Zustimmung. Herr Schmiechen-Ackermann will sich bezüglich der Organisation und Finanzierung einer solchen Tagung mit dem Vorsitzenden der Historischen Kommission in Verbindung setzen.

Nach dem Ende der hier protokollierten Arbeitskreissitzung zeichnet sich ab, dass die oben skizzierte Tagung in Kooperation mit dem Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität und dem Historischen Museum voraussichtlich am 21./ 22. Juni 2019 im Niedersächsischen Landesarchiv (Standort Hannover) stattfinden wird. Das Tagungsprogramm befindet sich derzeit in der Abstimmung. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung wird gesondert erfolgen.

Kurzvorstellung von Projekten, Publikationen und Tagungen

Jochen Oltmer, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises, wies anschließend auf ein weiteres Jubiläum hin: Im Jahr 2021 wird sich die Gründung des Landes Niedersachsen zum 75. Mal jähren. Die Historische Kommission plant, hierzu im Jahr 2020 ebenfalls eine größere wissenschaftliche Tagung zu veranstalten. Im darauf folgenden Jahr soll ein Sammelband mit »75 Erinnerungsorten« zur niedersächsischen Geschichte veröffentlicht werden. Bezüglich der Beiträge für diesen Sammelband wird die Historische Kommission gezielt einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ansprechen. Darüber hinaus ist es möglich und erwünscht, dass einzelne Forscherinnen und Forscher der Historischen Kommission (über deren Geschäftsführer, Herrn Dr. Hendrik Weingarten, E-Mail: hendrik.weingarten@nla.niedersachsen.de) noch eigene Themen und Beiträgen zu diesem Sammelband vorschlagen. Eine Garantie für die Berücksichtigung dieser Beiträge besteht allerdings nicht.

Tagung »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen (Teil 2)«

EDEL SHERIDAN-QUANTZ (Hannover) ging in ihrem Eröffnungsvortrag mit dem Titel »Überlegungen zu den »Orten der Demokratie« am Beispiel der Stadt Hannover« zunächst auf den geplanten Lernort zur hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus in der ehemaligen Volkshochschule am Theodor-Lessing-Platz ein. Mit ihm erhält die »Städtische Erinnerungskultur Hannover« einen zentralen Ort, an dem ihre Aufgaben um die Komponente der demokratischen Bildung erweitert werden. Im neuen Lernort können sich Besucherinnen und Besucher die Auswirkungen der nationalsozialistischen Diktatur in der Stadtgesellschaft über einen biografischen Zugang erschließen. Das Spektrum des menschlichen Handelns und Verhaltens von Opfer-, Widerstands- und Tätergruppen sowie von Zuschauern und Mitläufern siegelt sich in Lebensgeschichten von Menschen, die in Hannover gelebt und gewirkt haben. Diese Lebensgeschichten sind wiederum stark verankert im städtischen Raum dargestellt, z. B. über interaktive historische und aktuelle Stadtkarten.

Für den Umgang der Erinnerungskultur mit »Orten der Demokratie« in der Stadt bieten sich verschiedene Zugänge an: Der städtebauliche Zugang bezieht sich auf Institutionen der Demokratie, wie z. B. dem Neuen Rathaus, sowie auf öffentliche Räume als Orte der Demokratie. Ein Beispiel hierfür ist der Klagesmarkt, der im 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle als Ort der Arbeiterbewegung gespielt hat. Den biografischen Zugang erläuterte die Vortragende anhand des Werdegangs des HANOMAG-Arbeiters Karl Nasemann, dessen politische und demokratische Bildung als Jugendlicher im Kaiserreich und der Weimarer Republik mittels eines Stadtrundgangs in der hannoverschen Nordstadt gezeigt werden kann. Ein weiterer Aspekt des biografischen Zugangs spiegelt sich in Straßennamen und ihrem Verhältnis zur Demokratie wider – so etwa in der Ehrung von Persönlichkeiten der Demokratiegeschichte mit Straßennamen oder auch im kritischen Umgang mit

historischen Straßennamen aus Kaiserreich, Kolonialzeit und Diktatur. Der ereignisorientierte Zugang verknüpft die lokale Ebene mit überregionalen Ereignissen im städtischen Raum. Zu nennen wäre hier etwa die Verortung der Ereignisse der Novemberrevolution von 1918 in der Stadt.

Diese verschiedenen Zugänge können sowohl linear (chronologisch) an einem Standort (z. B. durch Vorträge und Veranstaltungen) als auch räumlich in Form von thematischen Stadt(teil)führungen für die städtische Öffentlichkeit erfahrbar gemacht werden.

Anschließend befasste sich **JANA STOKLASA** (Hannover) mit der »**Konsumgenossenschaft Hannover in der NS-Zeit**«, indem sie deren Eigenschaft als »**umkämpfter Ort der Demokratie**« hinterfragte. Als Quellen zu der kaum erforschten Geschichte der Organisation dienten ihr Rückerstattungsverfahren, die die wiedergegründete Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg führte.

Bereits vor dem Einsatz von NS-Ortsbeauftragten im Jahr 1933 erfolgte eine Diffamierung der Konsumgenossenschaft Hannover als »unwirtschaftlich«, als die in Folge der Weltwirtschaftskrise massenhaft stattfindenden Abhebungen von Spargeldern geschürt wurden. Diese Propagandamaßnahmen mündeten 1932 in die Stilllegung der neu erbauten Lindener Fleischfabrik. Als 1935/1936 die Zwangsliquidation der Organisation beschlossen wurde, diente diese Fleischfabrik als Versammlungsort für die aufgebrachten Mitglieder, von denen manche zum Widerstand aufriefen. Bevor schließlich alle Konsumgenossenschaften 1941 an die Kriegswirtschaft angepasst wurden, gelang in Hannover jedoch die Gründung einer Auffanggesellschaft, der »Gesellschaft für Haushaltsbedarf«: Im Rahmen dieser Gründung und Widerstandstat, die paradoxerweise von dem NS-Beauftragten der hannoverschen Organisation entscheidend gefördert wurde, gelang es, einen Großteil der Konsumläden an ehemalige Angestellte der Organisation zu verkaufen. In diesem Zusammenhang zeigte die Referentin auf, wie sich innerhalb des Organisationsmilieus eine »braune Grauzone« entwickelt hat. Innerhalb dieser Zone verschwammen in einem stetigen Wandel Kategorien wie »Opfer« und »Täter« aufgrund der »Überlagerung des Organisationsnetzes durch den Kampf ums Überleben«. Der daraus in der Nachkriegszeit resultierende Identitätskonflikt wurde zugunsten eines raschen materiellen Wiederaufbaus und der Anerkennung der Konsumgenossenschaften als politisch verfolgte Organisationen weitgehend ausgeklammert. So wurde auch die Beteiligung der im Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront aufgegangenen Organisationen an Gesellschaftsverbrechen wie der Zwangsarbeit verschwiegen. Abschließend reflektierte Frau Stoklasa in Anlehnung an Pierre Nora, inwiefern in diesem Zusammenhang neben der Lindener Fleischfabrik auch das ehemalige Kaufhaus an der hannoverschen Marktkirche und die Betriebszentrale in Laatzen zu verschütteten Erinnerungsorten der Konsumgenossenschaft Hannover wurden. Anhand der Konsumgenossenschaft Hannover lässt sich zeigen, inwiefern sich die einseitige Auseinandersetzung mit diesem schwierigen NS-Erbe der Konsumgenossenschaften in ihrem unerforschten und skandalösen Untergang mit der »co op AG« manifestierte.

Nach der Mittagspause ging **ANTJE BUCHHOLZ** (Bremerhaven) auf das **»Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven«** ein. Die Referentin betonte, dass die Stadt Bremerhaven ein Erinnerungsort ist: Zwischen 1830 und 1974 sind über 7 Millionen Menschen aus ganz Europa über Bremerhaven in die Neue Welt ausgewandert. Das Deutsche Auswandererhaus möchte als Migrationsmuseum dieser großen, historischen Wanderungsbewegung gedenken – und vor allem Parallelen ziehen zur gegenwärtigen Migration. Zudem will das Museum die Probleme aufzeigen, die durch Migration und Mobilität entstehen können. Seit 2012 zeigt das Deutsche Auswandererhaus deshalb auch 300 Jahre Einwanderung nach und innerhalb Deutschlands. Außerdem will das Migrationsmuseum zeigen, was passiert, wenn Neuankömmlinge auf die Mehrheitsgesellschaft treffen, da Migration die ganze Gesellschaft verändert. Sowohl im 19. und 20. Jahrhundert als auch im 21. Jahrhundert gleichen sich die Problematiken. Durch tagesaktuelle Umfragen versucht das Haus, die Besucherinnen und Besucher in der Gegenwart abzuholen, um über Migration und Mobilität aufzuklären und Lösungsstrategien anzubieten. Hierfür hat das Deutsche Auswandererhaus seit 2017 einen eigenen Ausstellungsraum: das Studio Migration. Denn es gibt nur wenige Orte, an denen heute sachlich fundiert und – vor allem – in einem geschützten Rahmen diskutiert werden kann. Dieser Raum soll dazu beitragen, die vorhandenen Ängste abzubauen und die Meinungen der Besucherinnen und Besucher abzufragen. Dies geschieht etwa durch analoge und digitale Umfragen über Migration im Alltag. Außerdem können im Studio Migration Zeitzeugengespräche im museumseigenen Aufnahmestudio aufgenommen werden. Das Deutsche Auswandererhaus möchte als demokratischer Ort Migration als ein alltägliches Phänomen veranschaulichen. Die Besucherinnen und Besucher sollen zur Partizipation und zum Reflektieren angeregt werden, damit die Ängste vor Migration in Neugierde umgewandelt werden.

JANNIK SACHWEH (Braunschweig) wandte sich in seinem Vortrag **»Der größere Teil der Deutschen verlangte einen demokratischen Staat«. Erinnerungsorte in Schulbüchern der Weimarer Republik?»** der Zwischenkriegszeit zu. Auch wenn viele der zwischen 1918 und 1933 verwendeten Schulbücher heute kaum noch in einer kollektiven Erinnerung verankert sind, waren sie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Gründung der Weimarer Republik doch explizit mit dem Anspruch geschrieben worden, zukünftigen Generationen ein festes Geschichtsbild zu vermitteln. Gerade Schulgeschichtsbücher sollten diejenigen Sichtweisen herausheben und möglichst erfolgreich an die Schülerinnen und Schüler vermitteln, die als wissenswert für ein Leben in der sich verändernden Gesellschaft galten. Anhand von in Braunschweig und Bremen erstellten und im Unterricht eingesetzten Geschichtsschulbüchern der 1920er-Jahre ging der Vortrag der Frage nach, inwiefern die Autorinnen und Autoren in ihren Werken Erinnerungsorte der Demokratie konstruierten. Dabei zeigte sich in einer fokussierten Analyse, dass Geschichtsschulbücher der Weimarer Republik den politischen und gesellschaftlichen Weg von der Monarchie zur Demokratie und den Umbruch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nur teilweise als einen relevanten Erinnerungsort im zu vermittelnden Geschichtswissen darstell-

ten. Es wurde deutlich, dass sich in den unterschiedlichen Schulbuchinhalten zum Teil grundlegend konträre politische Positionen widerspiegeln.

Mit den **»Debatten über die Reformierung der Schülermitverantwortung in Niedersachsen und die Rolle der Schülerbewegung, 1966-1970«** beschäftigte sich **SANDRA FUNCK** (Göttingen) in ihren Aufführungen. Im Zeitraum von 1967 bis 1969 mobilisierten sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur Studentinnen und Studenten, sondern zur sogenannten 68er-Bewegung fühlten sich ebenfalls Schülerinnen und Schüler zugehörig. Ihre Kritik richtete sich unter anderem gegen die Schülermitverantwortung (SMV), eine Institution für Schülerinnen und Schüler, die seit der Weimarer Republik existierte. Die strukturellen Voraussetzungen für die Mobilisierung bildeten die sich politisierenden Jugendkulturen der 1960er-Jahre, Liberalisierungsprozesse in den Schulkulturen sowie ein neues Verständnis von demokratischer Erziehung, das insbesondere auch jungen Menschen das Recht zusprach, Kritik zu formulieren und Konflikte durch Diskussionen zu lösen. Zeitgleich begann das niedersächsische Kultusministerium, im Dialog mit den Schulen, Interessensverbänden, Lehrern, aber auch Schülerinnen und Schülern, neue Richtlinien für die Schülermitverantwortung zu erarbeiten. Die Schülerbewegung, so lautete die These des Vortrages, sorgte im Sinne einer sozialen Bewegung dafür, dass dem Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit zukam. Es gelang den radikalen Strömungen der Bewegung jedoch nicht, ihre Forderungen durchzusetzen. Anhand der Reformierung der Schülermitverantwortung wird jedoch deutlich, dass die Schule in den 1960er-Jahren ein Ort der Demokratie war. Einerseits betonten die neuen Richtlinien für die SMV die Bedeutung der Schule als Ort der politischen und auch demokratischen Erziehung, andererseits nahmen Schülerinnen und Schüler im Sinne demokratischen Handelns interessiert und aktiv an den Debatten teil und gestalteten sie mit.

Den Abschluss der Tagung bildete der Vortrag von **MICHAEL SIEMS** (Wolfsburg) mit dem Titel **»Wo die Stadtgeschichte mit der Demokratie versöhnt wurde. Zeitzeugenvorträge im Rahmen der Wolfsburg-Reihe an der Volkshochschule Wolfsburg, 1966/67«**. In Wolfsburg wurde in den 1950er-Jahren ein Geschichtsbild etabliert, das die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Identifikation und Repräsentation bediente. Darin wurden der spezifisch nationalsozialistische Gründungszusammenhang der Stadt entpolitisiert und der Fokus auf tatsächliche oder vermeintliche technische Leistungen gelegt. Stellvertretend für diese Deutung der Stadtgeschichte stand der Blick auf die Biografie Ferdinand Porsches, dessen Arbeit als eng mit dem NS-Regime verbundenen Unternehmensführer weitgehend ausgeblendet und auf ihren ingenieurwissenschaftlichen Anteil reduziert wurde. Das Geschichtsbild repräsentierte darüber hinaus die zahlreichen nach 1945 als sogenannte Vertriebene in die Stadt gekommenen Personen und akzentuierte deren Verlust Erfahrungen. Das Leid, dass die zwischen 1941 und 1945 in der Stadt lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erfahren hatten, wurde dagegen im etablierten Geschichtsbild weitgehend ausgeblendet. Sie traten darin erst dort in Erscheinung, wo sie im Zuge ihrer Befreiung als Gefahr für die ortsansässigen Deutschen wurden. Dieses Ge-

schichtsbild wurde von einem Kreis privilegierter, fast ausschließlich deutscher und männlicher Zeitzeugen bereits in den späten 1940er-Jahren etabliert. Zu seiner Kodifizierung und Verbreitung trug der historiografische Roman »Die Autostadt« (Horst Mönnich, 1951) entscheidend bei.

Seit Mitte der 1960er-Jahre geriet dieses Bild allerdings vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Stimmungswandels und des beginnenden Generationswechsels unter Druck. In kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen sowie in linksradikalen Jugendgruppen entwickelten sich neue Narrative, in denen zur Zwangsarbeit verpflichtete Menschen wahrgenommen und Überlebende auch als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufgesucht wurden. Damit ergab sich eine Demokratisierung des Geschichtsbildes insofern, als öffentlich und offen über Geschichte verhandelt und gestritten wurde. Die Wolfsburg-Reihe der Volkshochschule im Winter 1966/67 kann dabei als ein Element konservativer Geschichtspolitik verstanden werden, indem hier den etablierten Zeitzeugen eine Gelegenheit eröffnet wurde, ihre Geschichten erneut vor einem durchaus großen Publikum zu präsentieren. Viele Redebeiträge zeigten eine klar defensive Grundhaltung, beschworen eine Wagenburgmentalität und wiesen wahrgenommene Vorwürfe gegenüber Wolfsburg energisch zurück. Die Vorträge konnten trotz großer Resonanz letztlich keine langfristige Stabilisierung des etablierten Geschichtsbildes erreichen, da die Zuhörerinnen und Zuhörer vorrangig der älteren Generation angehörten. Die Jüngeren hatten zu diesem Zeitpunkt bereits eigene Kommunikationsräume geschaffen, aus denen heraus neue Einflüsse auf das städtische Geschichtsbild ausgingen.